

Nullnummer 02

Zivildienst

Durch das Wegfallen der Militärflicht wird es auch den obligatorischen Zivildienst nicht mehr geben. Dadurch gehen den sozialen Organisationen wertvolle Arbeitskräfte verloren. Neue Strategien sind gefragt

Nachdem die italienische Regierung für das Jahr 2005 die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen hat, wird auch der Zivildienst, wie wir ihn bis jetzt kennen, bald Geschichte sein. An seine Stelle tritt ein auf freiwilliger Basis geleisteter Zivildienst, ein freiwilliges Sozialjahr, das auch Frauen absolvieren können.

Zwar ist dieser freiwillige Zivildienst bereits jetzt möglich und es laufen auch schon zahlreiche Sensibilisierungs- und Werbekampagnen auf gesamtstaatlicher Ebene, es ist aber abzusehen, dass die Zahl der Freiwilligen letztlich nicht so groß sein wird, dass die derzeit vorhandenen Plätze völlig abgedeckt werden können. Dies wird einige soziale Organisationen, die bislang auf die tatkräftige und nicht zuletzt auch finanziell günstige Mitarbeit von Zivildienern zählen konnten, in Schwierigkeiten bringen. Sie werden mit Veränderungen und Engpässen zu kämpfen haben. Manche befürchten gar, dass als direkte Folge Dienste zusammenbrechen könnten.

Dazu wird es wohl nur in den krassesten Fällen kommen. Zumindest müssten die Vereine erst einmal selbst „ihre Hausaufgaben machen“, wie es Helmut Werth, Vorsitzender des VKE – Verein für Kinderspielplätze und Erholung, ausdrückt. Um eine neue Konvention, die die Voraussetzung für die künftige Zuweisung sein wird, bemühten sich bislang noch wenige. Der VKE hat, wie neun weitere Südtiroler Organisationen im Sozialbereich, seine neue Konvention bereits abgeschlossen. Innerhalb von zwei Wochen war der Papierkram erledigt und es kamen bereits Ansuchen von Freiwilligen – allerdings war noch keine geeignete Person dabei.

In anderen sozialen Organisationen Südtirols sorgt man sich zwar über die ungewisse Zukunft, verhält sich aber abwartend, denn die veränderte Lage ist nicht ganz neu. In der Praxis wurden in den letzten Jahren bereits viele Organisationen mit dem Ausbleiben der Zivildienstleistenden konfrontiert. Die Lebenshilfe Südtirol etwa, früher mit 23 Zivildienern, muss bereits seit einem Jahr ohne Zivildienner auskommen. Auch die Arbeitsgemeinschaft für Behinderte (AfB) hat vor zwei Jahren bereits einen Vorgeschmack auf die künftig zu erwartenden Verhältnisse bekommen. Während der Organisation früher immer zwischen 12 und 16 Zivildienner zugeteilt wurden, stand man plötzlich ohne da und musste schauen, wie man zurecht kam. Analog die Situation auch beim Blindenzentrum St. Raphael in Bozen. Konnte man dort früher auf sechs Zivildienner zählen, muss man derzeit gänzlich ohne auskommen – dabei würden dringend ein bis zwei Personen gebraucht. Christian Fischer, bei der Arbeitsgemeinschaft zuständig für die Zivildienner, will im Moment zwar noch abwarten, hat das Thema Zivildienst für die Zukunft aber eigentlich „schon abgeschrieben“. Ob die Arbeitsgemeinschaft für Behinderte überhaupt eine neue Konvention abschließen wird, ist fraglich. Lebenshilfe und Blindenzentrum hingegen haben die Weichen gestellt und neue Konventionen beantragt. Ob und wer sich schließlich melden wird ist jedoch die große Frage. Als Unbekannte gilt vor allem die Eignung der Person und, als zusätzliche Südtirolspezifische Schwierigkeit, die hierzulande geforderte Zweisprachigkeit der Bewerber, was durch die gesamtstaatliche Ausschreibung der Stellen schwierig wird.

Das dickste Kapitel im Sorgenkatalog der sozialen Organisationen ist allerdings das Geld, d.h. die Finanzierung des nötigen Ersatzpersonals. Manche Stellen werden in Zukunft sicher durch Freiwillige besetzt werden können. Andere Noch-Zivildienststellen werden hingegen durch bezahlte Arbeitskräfte ersetzt werden müssen. Auf der Strecke bleiben, bzw. von Einschränkungen betroffen sein, werden Dienste wo durch Arbeitskräfte die nötige Flexibilität nicht gewährleistet werden kann. Der Zivildienner war bislang ein Präsenzdiener, was im Wortsinn eine zwar erzwungene aber garantierte Anwesenheit und in der Praxis für die Organisationen eine große Flexibilität bedeutete. Schließlich war garantiert, dass der Zivildienner schlicht und einfach da war und flexibel eingesetzt werden konnte. In vielen Einsatzbereichen und Diensten, wie etwa der Hausbetreuung, für die eine rund um die Uhr verfügbare Person benötigt wird, ist dies eine Grundvoraussetzung. Gerade diese Flexibilität und der daraus resultierende Nutzen, war bislang sicher ein unterschätztes Kapital für die sozialen Organisationen.

Die letztlich entscheidende Frage wird es sein, wie junge Menschen, Mädchen und Burschen im Alter zwischen 18 und 26 Jahren, davon überzeugt werden können, ein freiwilliges Zivildienstjahr abzuleisten. Es wird gute und entscheidende Argumente brauchen um Jugendliche zu motivieren, ein soziales Jahr in ihre Lebensplanung einzuschieben. Neben der vorgesehenen finanziellen Vergütung von monatlich 433 Euro sollten auch andere Anreize geboten werden. Eine Einbindung und Anrechnung in die Schul-, Universitäts- und Berufsausbildung wäre wünschenswert. Hier ist der

Gesetzgeber gefordert. Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe auf Landesebene Vorschläge um die bestehenden Mängel und Kanten der Konzeption des neuen freiwilligen Zivildienstes zu glätten. Unabhängig davon stehen die Organisationen vor einer großen neuen Aufgabe. Sie sind nun gefordert. Sie müssen wegkommen vom Image des Zivildienstlers dem ungeliebte Hilfsarbeiten aufgetragen werden und sie müssen attraktive Angebote machen, um Freiwillige anzuwerben. Hier wird es unter den gegebenen Bedingungen Gewinner und Verlierer geben. Möglicherweise wird sich in Zukunft eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Organisationen die freiwillige Zivildienstler aufnehmen wollen, herauskristallisieren: verkürzt gesagt, hier die attraktiven und dort die unattraktiveren. Gerade letztere müssen sich Sorgen machen über die zusätzlichen Kosten, denn sonst werden Dienste nicht aufrecht erhalten werden können. Zivildienstler die bislang beispielsweise als Begleitpersonen im Behindertentransport, in der Alten- und Hausbetreuung, in den Sommerkolonien oder als Bürohilfe eingesetzt wurden, müssen künftig durch Angestellte ersetzt werden – mit beträchtlichen Personalkosten. Langfristig muss viel in Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung investiert werden. Die Gesellschaft muss den Wert einer freiwilligen sozialen Tätigkeit anerkennen und wertschätzen. Solidarität und Dienst an der Gemeinschaft dürfen nicht nur gut gemeinte Floskeln bleiben.

**Bitte eintreten! - Ein Besuch bei "Porte Aperte" -
Über den Bozner Verein und die Arbeit der interkulturellen Mediatoren - Ein junger, mittlerweile gesetzlich anerkannter Beruf ist immer mehr gefragt**

"Das wichtigste für Einwanderer sind Informationen, sie sind wertvoll wie Diamanten", meint John Kankombé, Mitarbeiter von "Porte Aperte" und Dozent an der Landesfachschule für Gesundheitsberufe Claudiana in Bozen.

John Kankombé weiß gut, wovon er spricht. Wie die meisten der 17 Kulturmittler, die sich im Herbst vergangenen Jahres zum Verein "Porte Aperte" zusammengeschlossen haben, ist er selbst Immigrant. Er stammt aus dem Kongo und hat Wirtschaftswissenschaften in Japan studiert. Nachdem in seiner Heimat Diktatur und Krieg ausgebrochen waren, kam er über Umwege nach Italien, wo er zunächst als "colf" angestellt war, als Haushaltskraft.

John ist mit den Problemen der Einwanderung, den Schwierigkeiten bei Wohnungs- und Arbeitssuche also bestens betraut - eine Voraussetzung, die interkulturelle Mediatoren bei ihrer Arbeit gut brauchen können.

Die Mediatoren von „Porte Aperte“ sind Bindeglieder zwischen den Kulturen. Sie lösen Schwierigkeiten in der Verständigung zwischen Einheimischen und Einwanderern und unterstützen diese, sich hier in Südtirol zu einzugliedern. Sie begleiten bei Behördengängen, dolmetschen auf der Quästur und im Krankenhaus, im Gefängnis und vor Gericht, in Schulen und in verschiedenen Bereichen der Arbeit. Sie vermitteln Immigranten auch Südtiroler Sitten und klären sie über ihre Rechte auf und zwar in Arabisch, Albanisch, Bangla, Berberisch, Bosnisch, Hindi, Swahili, Tschiluba... - wenn möglich, jeweils in ihrer Muttersprache. Sprachen zu beherrschen und über verschiedene Kulturen gut Bescheid zu wissen, gehört zu ihren wichtigsten Fähigkeiten.

Immer mehr Einrichtungen sind mittlerweile an der Mitarbeit von "Porte Aperte" interessiert. "Sogar vom Institut für den sozialen Wohnbau haben wir schon Anfragen erhalten", erklärt Beatrice Tedeschi, eine Italienerin, die neben ihrer Muttersprache Pakistanisch und Indisch spricht. Die meisten der Mediatoren sind aber an Schulen tätig. Tedeschi begleitet indische und pakistanische Kinder durchs Schuljahr, lernt mit ihnen Italienisch oder Deutsch und hilft, den Schulalltag zu organisieren. „Manchmal geben die für uns ganz selbstverständlichen Kleinigkeiten des Alltags den ausländischen Familien Rätsel auf - dann ist es zum Beispiel einfach nur wichtig, zu erklären, was ein HB-Bleistift ist oder welche Art von Turnschuhen gefragt sind."

Besonders wichtig sei der Kontakt zu den Eltern der Kinder. "Wir haben es einfach nicht gewußt", antworten immer wieder Mütter und Väter, wenn aufgrund von Mißverständnissen Problemen mit den Lehrern und Lehrerinnen entstehen.

Mediatoren helfen den Kindern auch, Brücken zu ihren Mitschülern zu schlagen. Mit Beatrice Tedeschi zusammen gestalten indische Kinder in der Klasse Vorträge über ihre Religion.

Möglichkeiten der Begegnung zwischen den Kulturen schaffen, auch das ist ein Ziel, das sich die Kulturmittler gestellt haben. John Kankombé macht Südtiroler Kinder und Studierende in Projekten mit der Geschichte und Kultur seines Lands bekannt. Sie erfahren von afrikanischen Bräuchen, Kunst, Tänzen und Küche und zwar auch ganz praktisch. Das Interesse sagt er, sei groß.

Informationen zu haben, ist für beide Seiten wertvoll, für Einwanderer wie für Südtiroler und Südtirolerinnen. "Kenntnisse zu haben, das nimmt nämlich Angst und Mißtrauen", meint John. Auf die Frage, was John Kamkombé sich hier in Südtirol wünsche, denkt er kurz nach und meint schließlich "Partnership". Und daß wir auch die Ressourcen sehen lernen, die Immigranten mitbringen. Oft sei es die Fähigkeit, verschiedene Sprachen sprechen zu können. Oder daß wir das Schöne an der Kulturenvielfalt sehen lernen, ohne die Herausforderung herunterzuspielen, die sie an uns stellt.

Informationen:

Verein "Porte Aperte - Offene Türen"
Interkulturelle Vermittlung
Grieserplatz 18 - Bozen, Tel. 0471 281190

Neuer Ausbildungslehrgang für Kulturmittler geplant

Ihre Ausbildung haben die 17 Kulturmittler in 800 Stunden Unterricht erhalten, organisiert vom Amt für italienische Berufsbildung und finanziert vom Europäischen Sozialfond. Gerade wird ein neuer Lehrgang geplant, der im Herbst starten wird. Auf einer Abendveranstaltung am 11. Juni in der Fachschule für Soziale Berufe "Hannah Arendt" kann man sich über Inhalt und Teilnahmevoraussetzungen informieren, Beginn 19.00Uhr.

Grundausbildung "Thérapie sociale" zur Überwindung von Rassismus und Gewalt

KVW Bildungshaus Sarns - Für das Jahr 2004 ist eine Grundausbildung in fünf Blöcken zur "Thérapie sociale" von und mit dem Soziologen und Psychologen Charles Rojzman geplant. Die "Thérapie sociale" beschäftigt sich hauptsächlich mit den Themen der Gewalt, der Fremdenangst und des Rassismus. Störungen in der Zusammenarbeit von Personen, Gruppen und Institutionen werden aufgegriffen und mittels Konfliktmanagement und Mediationstraining bearbeitet. Ziele der Ausbildung sind die Erweiterung der Sozialkompetenz, die Fähigkeit, angstfrei in Konfliktsituationen zu gehen, die Befähigung zur Eigenverantwortung und -aktivität innerhalb der Gesellschaft. Die berufs begleitende Fortbildung richtet sich an Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit, an Pädagog/innen, Mediationstrainer/innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen, Polizeikräfte, Bedienstete in öffentlichen Einrichtungen und an alle, die sich generell für diese Thematik interessieren.

Sarns 24.-28. Oktober - Schnupperseminar zur "Thérapie sociale"
Info: KVW Bildungs- und Erholungshaus Sarns, Tel. 0472 83345

Information und Beratung:

Therapie Center

Südtiroler Kinderdorf, Burgfriedengasse 28 - Brixen
Tel. 0472/270515

Kinderpsychiatrische Ambulanz am Zentrum für psychische Gesundheit Bruneck - Spitalstraße 4 - Bruneck

Tel. 0474/586340, 586342

Kinderpsychiatrie/Psychotherapie Bozen

Lorenz Böhler Straße 5 - Bozen,
Tel. 0471/908867

A.D.I.B. - Verein für Hyperaktivität und Aufmerksamkeitsstörungen Bozen - Südtirol

Claudia Augusta Straße 59 - Bozen
Tel. 0471/ 401725

Selbsthilfegruppen:

ADS-Selbsthilfegruppe Meran - Urania Meran, Ortweinstraße 6, Tel. 0473/230219

ADS-Selbsthilfegruppe Bruneck - "Grain", St. Lorenznerstraße 7, Tel. 348/2661799

Buchtipp: ADS: verstehen-akzeptieren-helfen. Das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom mit Hyperaktivität und ohne Hyperaktivität. Thilo Fritzner, Werner Stark (Hg.), Beltz Taschenbuch

Michel aus Löneberga - hyperaktiv?

Immer in Bewegung oder ganz weit weg - ADS - Tagung über Aufmerksamkeits- Defizit-Störung am 8. Mai im Bic Convention Center, Bozen, organisiert vom Assessorat für Gesundheitswesen und dem Verein für Hyperaktivität und Aufmerksamkeitsstörung A.D.I.B.

ADS, Aufmerksamkeitsdefizitstörung mit oder ohne Hyperaktivität - etwa 4 % der Kinder leiden daran, mehr Buben als Mädchen. Mit einem Blick auf den Schulalltag ist das etwa 1 Kind pro Klasse. Sehr groß war das Interesse von Pädagog/innen, Lehrer/innen, Mediziner/innen, Eltern auf der Tagung am 8. Mai, auf der Therapiemöglichkeiten, Forschungsergebnisse, Ursachen und Diagnosemöglichkeiten diskutiert wurden.

Roger Pycha, Primar der psychiatrischen Abteilung Bruneck betonte, wie wichtig die Zusammenarbeit von Pädagogen, Ärzten, Therapeuten, Lehrern und Eltern sei. Fachkräfte sollten nicht unabhängig voneinander arbeiten, sondern Ressourcen bündeln und ein Südtirol weites Netzwerk bilden, um Kindern und Eltern ausgewogenen Hilfe bieten zu können. Sehr gute Erfolge könne nämlich eine mehrschichtige Therapie erzielen, die Frau Professor Hackenberg, Leiterin der heilpädagogisch-psychosomatischen Abteilung an der Uni-Klinik für Kinder und Jugendliche in Wien, vorstellte. Medikamentöse Behandlung mit Ritalin sei zu empfehlen, wenn sie mit kindzentrierten, verhaltenstherapeutischen Ansätzen und Elterntraining, Elternberatung sowie Interventionen in Schulen und Kindergärten kombiniert werde. Bausteine dieser Arbeit mit den Kindern können auch Spieltraining und Ergotherapie sein. Wenn die Therapie individuell auf die Bedürfnisse eines jeweiligen Kindes abgestimmt sei und es nicht durch einen ehrgeizigen Zeitplan wiederum überfordere, könne sie zu einem Ort der Kraft werden - auch für seine Eltern.

Ritalin - Die medikamentöse Behandlung von ADS hatte in vergangener Zeit immer wieder Diskussionen entfacht. Markus Huber, Kinder und Jugendneuropsychiater in Bruneck und Leiter des Therapiezentrums "Südtiroler Kinderdorf", versuchte, Bedenken gegen das Medikament zu zerstreuen. Es stütze Kinder während einer psychotherapeutischen Begleitung, helfe ihnen, aufmerksamer zu sein und erzeuge keine Suchtgefahr. Zu einem sorgsamem Umgang mit dem Medikament gehöre aber auch, es immer wieder abzusetzen.

Verhaltenstherapeutische Ansätze wirkten dann sehr gut, so Hackenberg, wenn Kinder und Jugendliche bereit seien, in der Therapie mitzuarbeiten. Opponieren sie aber - und es gehört nun einmal zum Jugendalter dazu, sich auch zu widersetzen - , dann wachsen die Herausforderungen, mit ihnen zu arbeiten. Gerade an Schulen sei es deshalb wichtig, den Lehrern und Lehrerinnen professionelle Hilfestellung zu bieten. Strukturen an Schulen müssten so verändert werden, meinte auch Prof. Cinzia Scheriani vorausschauend, daß Unterrichten in Klassen mit ADS-Kindern gut möglich sei, und nicht zu einem andauernde Kraftakt würde, der auf Dauer für alle Beteiligten sehr schwer durchzuhalten sei.

Einig waren sich die Referenten und Referentinnen darin, daß es wichtig sei, nicht vorschnell zu pathologisieren und nicht nur die Defizite von ADS-Kindern zu betonen, sondern auf ihre Stärken zu setzen.

Ganz anders könne man den Kindern begegnen, wenn man auch "verhaltensoriginell" anstatt "verhaltensgestört" denke, meinte Hackenberg. ADS - Kinder sind eben nicht nur zerstreut und leicht ablenkbar, sondern können auch sehr kreativ im Improvisieren und Gestalten sein. "Sie sind offen für alles und jeden, und weisen oft ein verblüffendes Wissen auf - auch, weil sie aufgrund ihrer Reizoffenheit Dinge mitkriegen, die gar nicht mitbekommen werden sollen", beschreibt Cordula Neuhaus im Buch "ADS: Verstehen, akzeptieren-helfen".

ADS - Der unruhige aber einfallsreiche Michel aus Löneberga fallen einem ein, oder die verträumte Alice im Wunderland. Sogar Einstein hätte ADS gehabt, pflichtet eine Tagungsteilnehmerin bei. Daß die Kinder mit ADS sehr intelligent sein können, wird aber leider oft übersehen, weil sie langsam handeln und Schwierigkeiten damit haben, Arbeiten zu Ende zu führen und Leistungen vorzuweisen - und das in einer Gesellschaft, in der Leistung einer der wichtigsten Maßstäbe für den eigenen Selbstwert ist.

La tutela del soggetto diversamente abile: nuove prospettive attraverso la riforma. L'amministratore di sostegno garante dei diritti e della dignità della persona.

Presso la Federazione Provinciale delle Associazioni Sociali è prevista l'istituzione di un gruppo di lavoro riguardo le procedure della inabilitazione e della interdizione, normative che riguardano l'autonomia dei soggetti disabili nell'ambito della sfera privata e patrimoniale, al fine di salvaguardare i diritti della persona e tutelare i suoi interessi.

Si intende, nello specifico, attivare un progetto di informazione mirata che consenta la conoscenza delle tematiche, le finalità e gli aspetti burocratici; accanto alla pubblicazione di un opuscolo aggiornato e specifico si prevede un'attività di approfondimento e confronto tra soggetti interessati ed addetti ai lavori, anche in vista delle imminenti modifiche della legge.

Il quadro in generale rimanda ad un ripensamento riguardo i riferimenti ed i principi teorici, poiché le procedure della inabilitazione e della interdizione richiedono un iter complesso e costoso e non soddisfano appieno le esigenze dei soggetti interessati e delle famiglie. Le sentenze, infatti, vengono annotate nel Registro di stato civile e possono prevedere misure totalizzanti e fortemente restrittive, incidendo sulla libertà dell'interessato: la persona interdetta non può sposarsi, fare testamento, riconoscere un figlio naturale o ottenere un impiego pubblico. A sua volta, colui che è stato inabilitato non può tutelare i propri interessi e salvaguardare i propri diritti in modo adeguato: nel caso in cui intenda investire una liquidazione, cedere le quote di un'azienda, affittare un immobile, non esiste infatti alcuna figura di riferimento, prevista dalla legge, che possa offrire un sostegno o una consulenza. Di conseguenza, il disabile psichico che non può contare sulla protezione e sull'affetto della famiglia, rimane abbandonato a se stesso e può divenire facilmente oggetto di raggiri.

Infine, emerge il disagio in relazione ad una certificazione che viene percepita come un "marchio", un'ulteriore umiliazione, difficile da sopportare sia per il soggetto, che già deve lottare contro logiche di esclusione ed emarginazione, sia per le famiglie, preoccupate per il futuro del congiunto ed impegnate nella tutela dei suoi diritti e della sua dignità.

Esaminiamo nello specifico le suddette procedure, per comprendere meglio i passaggi e le innovazioni: l'iter viene avviato in genere al raggiungimento della maggiore età, fase in cui la Legge riconosce l'autonomia dell'individuo, con conseguente cessazione del potere di rappresentanza dei genitori. Nelle situazioni in cui la persona risulti incapace di intendere e di volere, a causa di un grave stato di disabilità mentale, subentra l'inabilitazione, quale dichiarazione giudiziale dello stato di incapacità di agire; tale certificazione consente lo svolgimento di atti di ordinaria amministrazione (versamenti su c.c, sottoscrizioni, richieste di certificati, ...) e tutela il soggetto in relazione ad atti pregiudizievoli di diversa natura, (compiuti talvolta col concorso di terzi), ad es. sottoscrizione di contratti onerosi o riscossione di capitali.

L'iter per la certificazione richiede del tempo e può essere avviato già nell'ultimo anno della minore età; in questo caso la sentenza, di competenza del Tribunale dei Minori, che ha sede nel capoluogo del distretto di Corte d'Appello in cui è residente il minore, sarà effettiva solo a partire dal diciottesimo anno d'età. Nel caso in cui vi siano ritardi nella pronuncia della sentenza oltre il raggiungimento della maggiore età, può essere nominato dal giudice un tutore provvisorio con gli stessi poteri del tutore.

Nei casi più gravi il procedimento può prevedere anche la dichiarazione di interdizione; in questo caso il compito di assistere l'interdetto negli atti eccedenti l'ordinaria amministrazione viene affidato ad un curatore.

L'attuale riforma prevede innovazioni significative proprio in relazione alla tutela dei diritti ed alla salvaguardia della dignità della persona: le misure, flessibili e mirate, consentono al soggetto di esprimere i propri bisogni e le proprie richieste, divenendo parte attiva nella definizione delle procedure. La legge riguarda la creazione di una nuova figura, l'amministratore di sostegno, che viene ricercata nell'ambito familiare, nella cerchia degli amici del soggetto interessato, o del volontariato; l'incaricato si impegna a rappresentare la persona disabile esclusivamente in relazione agli atti concordati, anche per un periodo limitato di tempo.

Il beneficiario può richiedere l'attivazione della procedura, nominare un consulente, esigere un rendiconto periodico e richiedere una modifica o la revoca del provvedimento; l'iter per la nomina dell'amministratore di sostegno è molto semplice, non prevede il ricorso ad avvocati ed è tendenzialmente gratuito: il decreto viene emesso dal giudice tutelare, in seguito a colloqui con le parti interessate e ad un'eventuale perizia.

L'amministratore è tenuto ad operare nell'interesse del beneficiario, rispondendo delle proprie azioni: in caso di negligenza può essere sospeso, rimosso, eventualmente condannato a risarcire i danni.

L'innovazione riguarda anche l'ambito dei destinatari: l'iter interessa, infatti, accanto al disabile psichico, tutti coloro che si trovino in una situazione di bisogno o di difficoltà, anche solo temporanea: anziani, malati, persone con handicap sensoriale, alcolisti, tossicodipendenti, detenuti: persone che non possono contare sull'aiuto dei familiari e necessitano di un sostegno per esprimere i propri bisogni ed affermare la propria volontà.